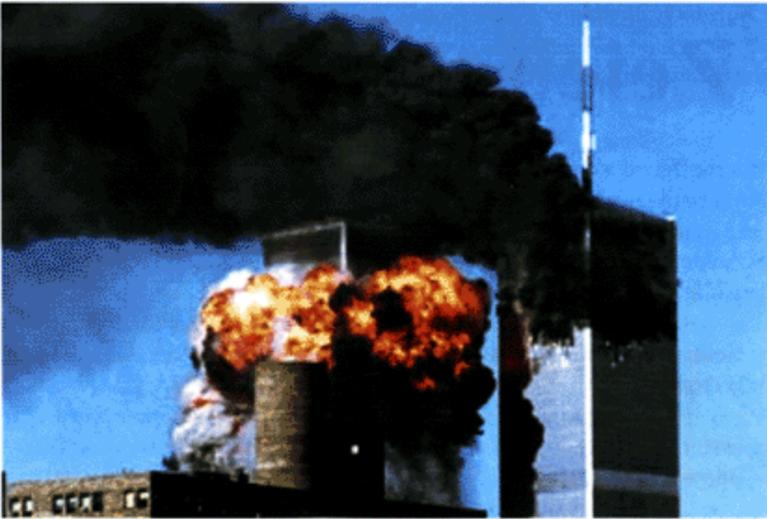


## Terror ohne Ende?



Der 11. September 2001 wird in die Daten der Geschichte eingehen. In nicht gekanntem Ausmaß wurden binnen kürzester Zeit Tausende unschuldiger Menschen getötet. Dies war reine Massenvernichtung der Zivilbevölkerung!

Wer jedoch der Meinung ist, damit sei das Ende der Gewaltspirale erreicht, dies sei nicht mehr steigerungsfähig, begeht einen tödlichen Fehler. Das Grauen ist noch steigerungsfähig: es muss davon ausgegangen werden, dass atomare, biologische und chemische Kampfstoffe sich in der Hand von Terroristen oder deren Umfeld befinden; in der Hand von Terroristen, mit denen verglichen die deutsche Rote-Armee-Fraktion der 70-er Jahre wie eine Jugendbande anmutet.

Dass es Amerika getroffen hat, ist sicher kein Zufall: zu groß ist die Abneigung vor allem in der arabischen Welt gegen Amerikas Palästinalpolitik, seine Rolle als Weltpolizist, die Beeinflussung der amerikanischen Politik und Wirtschaft durch israelfreundliche Kräfte usw.. Die Wurzel des Übels liegt allerdings tiefer: es ist die in vielen Ländern dieser Erde brisante Mischung aus Armut, Perspektivlosigkeit, Gewaltbereitschaft etc., gepaart mit dem durch die Medien diesen Menschen übermittelten Wissen um ihre eigene Armut und den Reichtum und Wohlstand der anderen. Die dem palästinensischen Volk seit Jahrzehnten widerfahrende Ungerechtigkeit ist nur ein kleiner Beitrag zu der Denkweise, die diese Menschen für politischen Extremismus und religiösen Fanatismus anfällig macht.

Wobei allerdings auch einmal die Frage erlaubt sein muss, warum es zum Beispiel in Spanien in jedweder Hinsicht wohlgeordnet zugeht, die Menschen in Wohlstand leben, die Wirtschaft wächst; 30 km jenseits der Straße von Gibraltar ver-

gleichsweise dazu jedoch noch Steinzeit herrscht?

Dies mit der jahrhundertlang währenden Ausbeutung der ehemaligen Kolonialherren zu begründen, ist dann lediglich ein Argument aus der sozialromantischen Klamottenkiste. Im Kolonialzeitalter mit all seinen Auswüchsen hat es sicherlich weniger verhungerte Kinder gegeben als in den heutigen dort existierenden „selbständigen“ Staaten.

Man muss ernsthaft einmal über die Frage nachdenken, ob sich Völker und Kulturen nicht einfach unterschiedlich organisieren und daraus folgend unterschiedliche Lebensstile und -standards resultieren. Wenn dem so ist, wird es jedoch immer Unterschiede im Lebensstandard sowie Neid gegenüber Völkern mit höherem Lebensstandard geben und wird es auch immer die für den Anschlag auf das World Trade Center notwendigen Feindbilder geben.

Dies hat dann jedoch größte Auswirkungen auf die zukünftige Sicherheitspolitik des Westens, wobei „Norden“ hier der bessere Begriff wäre. Nicht nur der ursprüngliche „Westen“ ist gefragt, auch die ehemaligen GUS-Staaten, Ostasien, sowie Lateinamerika und Australien sind gefragt.

Gegenüber solchen Terroristen ist absolute Härte gefragt, allerdings bitte mit Kopf und Verstand.



Dass man in den 70-Jahren die Terroristen in dem immerhin infrastrukturell erschlossenen Land Deutschland nicht so einfach einsammeln konnte, zeigt, dass die Idee Herrn bin Laden aus Afghanistan so einfach abzutransportieren zwar ganz nett klingt, allerdings kaum umsetzbar ist.

Die dem völlig entgegenstehende Position z.B. der deutschen GRÜNEN „Reden wir mal drüber“ ist ebensolcher Schwachsinn.

Alle, wirklich alle Mittel müssen eingesetzt werden, diesen Terrorismus zu bekämpfen: wirtschaftliche, politische, diplomatische und militärische Aktionen. Auch bei den militärischen Optionen darf es keine Tabus geben. Wir sind alle betroffen und müssen daher gemeinsam handeln, das gilt auch für Deutschland. Dass es dabei auch unschuldige Opfer hüben wie drüben geben wird, sollte gar nicht erst geleugnet werden. Dass bei der Bundeswehr schnellstmöglich massiv investiert werden muss, um dies leisten zu können, ist wohl jedem klar. Dies wird aber auch jede Menge Geld kosten, das wir gemeinsam aufzubringen haben.

Neben aller internationalen Kooperation und Optionen sollten aber auch Fragen der inneren Sicherheit einmal neu bewertet werden:

- Wie soll die Zuwanderung zukünftig geregelt werden?
- Sollte Zuwanderung aus bestimmten Kulturkreisen nicht generell deutlichst beschränkt werden?
- Sollte es generell nicht nur befristete Zuwanderung geben?
- Müssen nicht stärkere Überprüfungen der Zuwanderer durchgeführt werden?
- Schützt der Datenschutz mittlerweile Täter besser als Opfer?
- Müssen integrationsunwillige oder -unfähige Ausländer nicht nach einer gewissen Probezeit mitsamt ihres Erfolges abgeschoben werden?
- Sollten nicht Figuren wie z.B. der „Kalif von Köln“ mit seinem Fan-Club besser heute wie morgen im Flieger Richtung Heimat sitzen?
- Müssen kulturelle oder religiöse Tarnorganisation nicht verboten und aufgelöst und ihre Mitglieder unverzüglich ausgewiesen werden?

Alle diese Punkte wurden vom Bundeskanzler und seinem Innenminister bereits andiskutiert. Es bleibt nur zu hoffen, dass ihnen jetzt auch die Unterstützung zuteil wird, dies auch schnellstmöglich zum Schutze der Bevölkerung in Deutschland konsequent umzusetzen.

## OUT:

UWG:  
Unmögliche  
Wähler  
Gemeinschaft

Wieso die UWG eine Unmögliche Wähler-Gemeinschaft ist, sei an folgenden Punkten einmal verdeutlicht:

- Das Gründungsthema der UWG war der Müll (wie bezeichnend). Aufgrund rechtlicher Maßgaben, an die sich alle Fraktionen halten müssen, konnte ein Wermelskirchener Alleingang nicht stattfinden. Die heutigen Verbesserungen resultieren aus der politischen Arbeit beim BAV, in dem die UWG keine Verantwortung trägt. Seitens der UWG großspurig angekündigte Wermelskirchener Sensationen blieben aus.
- Das Abschiedsthema der UWG ist das Parkraumkonzept. Die Bürger Wermelskirchens können sich bei der UWG für durch Dauerparker besetzte Parkplätze, Parksuchverkehr, Lärm und Gestank bedanken. U.a. Schulen und Kindergärten können sich bei der UWG für Kürzungen bedanken, weil das UWG-Nichtkonzept ca. 200.000 DM aus

dem städtischen Haushalt kostet.

- Dass über eine verstärkte Nutzung des Rasenplatzes im Eifgenstadion zu Trainings- und Spielzwecken noch nicht einmal mehr diskutiert wird, haben die Wermelskirchener Kinder und Jugendlichen Herrn Wilms von der UWG zu verdanken. Um die Aktivitäten der WNK bei diesem Thema zu stoppen, stellte Wilms einen Vertagungsantrag „bis die Generalsanierung des Eifgenstadions anstünde“. Dies wird laut Aussage der Verwaltung in 10-15 Jahren sein!!!

- Die Idee, die Innenstadt Wermelskirchens zu überdachen, kam auch von der UWG. Mailand lässt grüßen – und dies zu Zeiten des Sparpakets.

Über die kabarettistischen Beiträge der UWG zum Sparpaket wird an anderer Stelle berichtet.

Die Bürger Wermelskirchens sind klug beraten, diese Amateure bei der Kommunalwahl 2004 vom Platz zu nehmen.

## Verpennt!

Irgendwann im Jahre 2000 hat auch die UWG erkannt, dass die Sportplatzumkleiden in Pohlhausen dringend sanierungsbedürftig sind. Der Antrag der UWG fand ungeteilte Zustimmung bei den Ratskollegen, die Verwaltung schrieb die benötigten 178.000 DM von sich aus in den Haushalt 2001.

Damit war die Kondition der UWG aber auch schon erschöpft. Anstelle der Angelegenheit nach Genehmigung des Haushaltsplans direkt nachzugehen, versank die UWG im Tiefschlaf und vergaß natürlich die ebenfalls pennende (oder sich nur schlafend stellende)



Verwaltung zu wecken.

Es hätte die UWG schon verwundern müssen, dass das Projekt nicht auf der Streichliste des Sparpakets zu finden war. Brauchte es auch nicht: Im September teilte die Verwaltung dann mit, dass „aufgrund der Engpässe im Hochbauamt diese Maßnahme erst in den Sommerferien 2002 fertiggestellt werden kann.“

Nunmehr hat auch die B-Jugend Spielgemeinschaft aus TURA Pohlhausen und 09 Wermelskirchen die Umkleide „nutzen dürfen“. Der Hilferuf erreichte vor wenigen Wochen die WNK. Diese wird jetzt erstens Druck machen, dass die Mittel im Haushalt 2002 stehen bleiben, zweitens unverzüglich die Verwaltung die notwendigen Vorarbeiten leistet und drittens die Bauarbeiten schnellstmöglich beginnen.

# Innenstadt 200x?

Keine Woche vergeht, wo nicht Meetings, Hearings, Beiträge in der örtlichen Presse usw. sich zum Projekt Innenstadt 2002 finden lassen. Beim Gang durch die Stadt trifft man auf die so genannten „Denkzeichen“, Zeichen also, bei denen man denken soll, (dass dort bald etwas passiert). Es können einem schon Zweifel kommen, wenn man in die (auch jüngere) Vergangenheit Wermelskirchens blickt, ob wirklich bald nicht nur Denkwürdiges sondern auch Sichtbares geschieht. 2002 beginnt in wenigen Monaten, genauso wird es in wenigen plus 12 Monaten wieder enden – hoffentlich nicht, ohne dass die „Denkzeichen“ auch zu Sichtzeichen werden. War es eine zufällige Weissagung, in den Namen des Projekts zufällig eine Jahreszahl zu integrieren? Durch Änderung der Jahreszahl in den städtischen Vorlagen bleibt das Projekt so immer jung und aktuell?

Das Projekt Innenstadt 2002 ist mit vielen Fallstricken behaftet, die nur gemeinsam gelöst werden können. Hierzu bedarf es einer gemeinsamen Linie von Bürgermeister, Verwaltung und Politik, aber in erster Linie der Wermelskirchener Bürger. Sie müssen jetzt Mut zeigen, sei es als Investoren oder Eigentümer – in welchem Sinne auch immer, sei es als Nutzer der Innenstadt, sprich Käufer.

Die Stunde der Wahrheit naht. Jahrzehntlang konnte die Politik zukunftsweisende, innovative aber auch schmerzliche Entscheidungen mit dem Hinweis auf die fehlende Umgehungsstraße aufschieben. Aber auch Handel und Gastronomie bis hin zu den Kunden versteckten sich trefflich hinter diesem Thema. Irgendwie hatten sich alle in einer solidarischen Klagegemeinschaft organisiert. Damit wird spätestens 2005 Schluss sein. Dann nämlich ist die B51n fertig, die Innenstadt entlastet, der Platz für Innovationen auch sichtbar da.

Bleibt nur abzuwarten, woran es dann wieder hapert. Erste Wolken tauchen bereits am Horizont auf und hieran ist vor allem der Bürgermeister nicht unschuldig: nahezu jedes Thema wird dem Projekt Innenstadt 2002 zugeordnet – ob sinnvoll oder nicht, ob gravierend oder nicht. Das Projekt wird dadurch unnötig aufgebläht – der Blick für das Wesentliche versperrt:

- Musste die Reparatur des Brunnen in der Karl-Leverkus-Straße an das Innenstadt 2002-Projekt gekoppelt sein?

- Ist es entscheidend, ob der Hof der Telegrafienpassage an der Oberen Remscheider-Straße grüne oder braune Sitzbänke bekommt?

- Was hat der Durchstich Taubengasse mit der Bebauung des Loches-Platzes zu tun?

- Ist bei der Parkraumbewirtschaftung der Hinweis auf das Innenstadtprojekt nicht nur Alibi?

- und, und, und ...



Denkzeichen „Loches-Platz“

Wenn jetzt jedes die Innenstadt betreffende Projekt vom anderen abhängig oder Befindlichkeiten der gerade herrschenden politischen Mehrheiten untergeordnet wird, geht gar nichts; das gesamte Projekt wird scheitern.

Hauptsächlich der Bürgermeister ist jetzt gefordert: er muß wesentliches von unwesentlichem trennen, die Verantwortung übernehmen, Chancen beim Schopfe fassen, die Bürgerschaft mitreißen. Hierfür ist ihm die Unterstützung der WNK sicher.

Das auch in Wermelskirchen geltende Grundgesetz der rheinischen Beharrlichkeit „Das haben wir immer schon so gemacht!“ muss durchbrochen werden. Hierbei müssen alle, vor allem aber die Betroffenen mitziehen. Gerade sie muss der Bürgermeister begeistern. Anderenfalls werden Projekte wie

- die Belebung der Innenstadthöfe zwischen Telegrafien-, Kölner- und Karl-Leverkus-Straße



Geschlossene Ladenlokale in der Innenstadt - keine Visitenkarte

- die Bebauung des Loches-Platz
- die Aufwertung der unteren Innenstadt und des Marktes
- ein attraktiver Branchenmix im Wermelskirchener Einzelhandel
- die Bindung der Kaufkraft
- Wermelskirchen als attraktive Einkaufs- und Freizeitstadt
- eine vernünftige Nutzung des Geländes der früheren RHOMBUS-Rollen

für immer Utopie bleiben.



Schon verschwundenes „Denkzeichen RHOMBUS-Rollen

## Sichtbare Zeichen

3. Teil



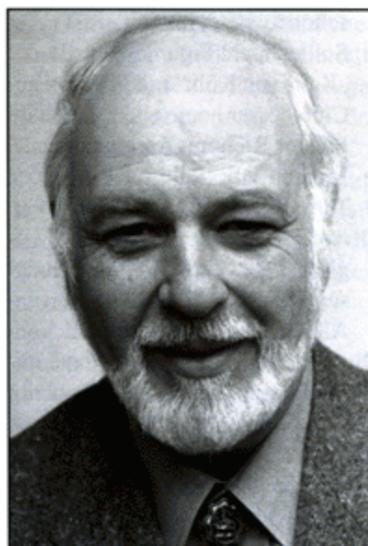
Burghoff und seiner CDU diesen Arbeitsstil sicher danken!

In jüngster Zeit abgeschlossene Projekte, die die WNK maßgeblich begleitet hat, sind:

- Neubau des Wartehäuschens Habenichts
- Erster Sanierungsabschnitt der Bürgerhäuser Eich 6/8
- Herrichtung der Wege im Stadtpark an der Jörgensgasse
- Absperrung des Grundstück der ehemaligen TOTAL-Tankstelle an der Berliner-Straße
- Fertigstellung des Kinder- und Jugendtreffs am Braunsberg
- Anschaffung der mobilen Geschwindigkeitsanzeige
- Abriss des Schandflecks an der Ecke Eich/Dabringhauser-Straße
- Öffnung des Freibades Dhünn
- Aufstellung von Abfalleimern entlang der Wanderwege im Bereich Rattenburg-Buchholzen-Durholzen und dem Wanderparkplatz Eifgen

Der Leser wird sich sicherlich fragen, was es mit dieser Serie in lockerer Folge auf sich hat. Sie beschreibt einen Grundsatz der WNK-Arbeit. Der WNK geht es nicht nur um das Anstoßen von Projekten, nicht um kurzfristiges Erwähnen durch die örtliche Presse; die WNK verfolgt die von ihr angeschobenen Projekte von der ersten Idee bis zur Umsetzung. Dieser Arbeitsstil bringt der WNK nicht nur Freunde – insbesondere nicht im Rathaus. Durch ein ausgefülltes Wiedervorlagensystem hat die WNK einen besseren Überblick über fällige Termine als der Bürgermeister – sehr zu dessen Leidwesen. Sein väterlicher Freund Friedel Burghoff leistet dann jedoch Pannenhilfe und bezeichnet die Arbeit der WNK für den Bürger schlichtweg als „Effekthascherei und Populismus“ (Sitzung des Hauptausschusses am 07.05.2001). Der Bürger wird 2004 Herrn

## WNK jetzt auch im Seniorenbeirat vertreten



Mit einem sensationell guten Platz 4 bei 11 gestarteten Bewerbern zog mit Klaus Hake erstmals ein Vertreter der WNK in den Seniorenbeirat der Stadt Wermelskirchen ein. Herzlichen Glückwunsch!

Klaus Hake sei für seine Kandidatur herzlich gedankt und für die Arbeit viel Erfolg gewünscht.

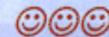
Pikant war bei der Wahl zudem noch, dass die UWG auf dem letzten Platz abgeschlagen nicht mehr im Seniorenbeirat vertreten ist. Die Senioren in Wermelskirchen haben erkannt, was von der Arbeit der WNK zu halten bzw. von der der UWG nicht zu halten ist!

## Politik macht auch Spaß

### „Gerüchte“

Helmut Hauda (WNK) hat seinen Wochenendflieger auf Rapsdiesel umgerüstet.

(Hintergrund: H.Hauda ist passionierter Sportflieger)



Auf der Messe „Heim und Wohnen“ hat Henning Rehse (WNK) geeignete Wohncontainer für die Unterbringung von Asylbewerbern in den Stadtrandbereichen besichtigt.

(Hintergrund: H.Rehse opponiert seit Jahren gegen das geplante Asylbewerberheim in Kenkhausen)



Das im Sitzungszimmer des Rathauses hängende Portrait der Ex-Übergangs-Bürgermeisterin Helga Loepp (CDU) ist eine von Friedel Burghoff besorgte Leihgabe des Pariser Louvre an die Wermelskirchener Kulturgemeinde.

(Hintergrund: das Bild von H. Loepp in der „Ahnengalerie“ des Rathauses)

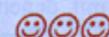


Immer noch finden die CDU-Fraktionssitzungen wegen rivalisierender Clans unter UNO-Blauhelm-Aufsicht statt.

(Hintergrund: die „Geschlossenheit und Freundschaft“ innerhalb der CDU-Fraktion)



Zwischenzeitlich wurde die CDU-Fraktion digitalisiert. Man versucht jetzt, aus jeweils zwei Nullen eine Eins zu schaffen.



Durch Sponsoring beim Radrennen „Rund um Köln“ will Bürgermeister Heckmann OBI die Chance bieten, überregional bekannt zu werden.

(Hintergrund: Sponsoring-Brief des Bürgermeisters an die Wermelskirchener Wirtschaft)



Achim von Foller (Ex-Bürgermeisterkandidat der UWG) hat sich auf die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Wermelskirchen beworben.

(Hintergrund: A. v. Foller bewirbt sich doch sonst immer und überall.)



Im Zuge der Sparmaßnahmen und aufgrund des positiv verlaufenen Pilotversuch in diesem Sommer denken Teile der CDU-Fraktion darüber nach, das Dabringhauser Freibad als Erotik-Bad zu privatisieren.

(Hintergrund: der unbekleidete Badeausflug zweier CDU-Stadtverordneter)

# Kindergartensituation Dabringhausen

In Dabringhausen haben dieses Jahr ca. 15 bis 22 Kinder keine Plätze im Kindergarten bekommen. Die genaue Zahl ist nicht zu ermitteln, da viele Kinder mehrfach in verschiedenen Einrichtungen angemeldet wurden. Auch ein exakter Abgleich der Zahlen konnte nicht stattfinden, da die katholischen Einrichtungen ihre Zahlen (aus Gründen des Datenschutzes?) nicht preisgeben.

Alles das bedeutet, dass im Jahr 2002 mindestens eine neue Gruppe für den Überhang aus dem Vorjahr gebildet werden muss. Zudem muss für die im laufenden Jahr das dritte Lebensjahr vollendenden Kinder ein Angebot geschaffen werden. Zusätzlich wird trotz abnehmender Tendenz der Kindergartenkinder auch hier wieder einen Bedarf durch Neuansmeldungen von ca. 20-25 Kindern erwartet. Gleichzeitig ist auch ein starker Bedarf für Kinder unter 3 Jahren zu erkennen. Diese sollen dann in den Kindergarten mit aufgenommen werden. Dasselbe ist für Schulkinder im Kinderhort vom Landesjugendamt angedacht.

Dies ist aber alles erst dann möglich, wenn die vom Landesverband

der Jugendämter vorgegebenen Regelungen erfüllt sind. Hieran ist in Dabringhausen aber in den nächsten 2-3 Jahren gar nicht zu denken. Zur Zeit haben gibt es hier nicht einmal genug Kindergartenplätze für die Kinder vor Ort. In Wermelskirchen insgesamt ist dieses Ungleichgewicht jedoch nicht zu spüren, da in der Stadt selber noch Planplätze frei sind und der Rechtsanspruch somit gedeckt ist. Soviel zu Theorie und Praxis! Die Kinder jedoch leben, spielen und haben ihre Freunde sowie ihr gewohntes Umfeld in Dabringhausen. Hoffentlich auch bald Ihren Kindergartenplatz! Mit dem Jugendamt und der Kirche wurde seitens der WNK gesprochen und es konnte mit den dort erhaltenen Informationen einen Weg aufgezeigt werden, wie kurzfristig die erforderlichen Plätze geschaffen werden können. Hier war eine Sanierung der früher einmal genutzten Räume im OG (Dach) des Kirchengebäudes angedacht. Beide Gesprächspartner hatten aber nicht das starke Interesse, die Sache selbständig voranzutreiben. Es wurde jeweils der anderen Seite die Verantwortlichkeit zugeschoben.

Nun hat der Kämmerer die Sache persönlich in die Hand genommen und ist mit einem neuen Vorschlag aktiv geworden:

der städtische Kindergarten soll erweitert werden. Dazu ist ein Umzug mehrerer städt. Abteilungen notwendig. Das Möbellager zieht aus dem Gebäude der Verwaltungsnebenstelle Dabringhausen aus. Ein Lager des Bauhofs welches sich soll in der unteren Etage der Verwaltungsnebenstelle befindet soll in die freien Räume des Möbellagers umziehen. Die Verwaltungsnebenstelle zieht dann im Gebäude in die ehemaligen Räume des Bauhofs. Die alten Räumlichkeiten der Verwaltungsnebenstelle kommen dann dem Kindergarten zu.

Soweit so gut! Bleibt nur zu hoffen, das alle Beteiligten an einem Strang ziehen und die erforderlichen Änderungen zügig umgesetzt werden, damit im August 2002 genügend Plätze vorhanden sind.

Sonst ist zu erwarten, dass die fehlenden Plätze auf 40 bis 50 Stück steigen oder die Kinder in anderen Stadtteilen zum Kindergarten gehen (fahren) müssen.

**Daher viel Erfolg Herr Löffler!**

# Sparen mit der UWG:

Was die UWG aber auch teilweise die CDU bei der Diskussion um das Sparkonzept so boten, grenzte an ein Stück aus dem Tollhaus:

der Bürgermeister (CDU) verkündet stolz, dass alles nicht so schlimm sei: „Wir beschließen ein Sparkonzept, kein Haushaltsicherungskonzept!“

Friedel Burghoff (CDU) reduziert das Sparkonzept auf die Frage nach der Schließung des Freibads Dhünn: „Die Verwaltungsspitze spielt mit ihrem Leben!“

Alterspräsident Wilms vom Koalitionspartner UWG schließt in der Ratssitzung nicht aus, dass der Bürgermeister ein Lügner sein könnte: „Sie (der Bürgermeister (Anm.d.Red.)) präsentieren uns eine Mogelpackung für Hasenfüße!“

Nach dem Beitrag seines Fraktionsvorsitzenden Opitz (auch UWG) im Kreise der Fraktionsvorsitzenden musste man davon ausgehen, dass Wermelskirchen soeben den Jackpot aller Klassenlotterien in Deutschland geknackt hatte.

Und diese Leute bestimmen die Richtlinien der Politik in Wermelskirchen... Leute, die BWL wahrscheinlich für einen Dortmunder Fußballverein halten.

Diese Leute beschließen eine

Haushaltsposition „Parkraumbewirtschaftung“, bei der Einnahmen von 72.500 DM, Ausgaben von 262.000 DM gegenüberstehen, der Zuschuss also knappe 190.000 DM beträgt. Wer sich solches leisten kann, möge es tun; nur Wermelskirchen kann es derzeit jedoch nicht. Es war nie Wille der WNK, mittels der Parkgebühren die Bürger abzukassieren. Das derzeitige Konzept der UWG ist allerdings erstens in jeder Beziehung schwachsinzig und zweitens defizitär. Für die Politik der UWG müssen Kindergärten, Schulen, das City-Management usw. bluten. Die WNK steht für einen Kompromiss, der eine kostenneutrale und ordnungspolitisch sinnvolle Regelung möglich macht. Diese endlich wieder vorzuschlagen findet jedoch selbst der Bürgermeister keine Kraft, weil „ihm die UWG an der Gurgel sitzt“ (rathausinternes Zitat). Der Bürgermeister, der von den Bürgern der Stadt, die ihn direkt gewählt haben, auf deren Wohl und das der Stadt er seinen Amtseid geschworen hat, lässt sich von der UWG den Hals zudrücken, schreibt Gefälligkeitsvorlagen??? Quo vadis Wermelskirchen?

Übrigens: BWL bedeutet Betriebswirtschaftslehre!!!

## Bürgerbus – es ist geschafft



Waldfriedhof Eickerberg – Rat – Kölner-Straße – Süppelbacu – Dreibäumen – Hebbinghausen – Rautenbach – Habenichts und zurück lautet die mit weiteren an der Strecke gelegenen Haltestellen gespickte Linie.

Nun liegt es in zweifacher Hinsicht an den Bürgern, ob das Projekt erfolgreich läuft und weiter ausgebaut werden kann: es muss Passagiere für den Bus geben und es müssen sich weitere Fahrer finden, die sich im Bürgerbusverein engagieren. Ansprechpartner im Verein ist Karl-Peter Himmelrath, Tel.: 0 21 96 / 71 06 10.

Die WNK wünscht dem „Bürgerbus“ weiterhin viel Erfolg und wird ihn auch zukünftig unterstützen!

Am 21. Februar 1997 beantragte die WNK beim Vorsitzenden des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr, die Verwaltung zu beauftragen, das Projekt Bürgerbus vorzubereiten.

Zur Kirmes 2001 -also 4 ! Jahre später- fuhr der erste fahrplanmäßige Bus. Dazwischen lagen Jahre harter Arbeit vieler Helfer in Bürgerschaft, Politik und Verwaltung. Herausgekommen ist für den Anfang ein attraktiver Ringverkehr:

## WNK → Was tun die?

Die WNK hat in der letzten Zeit folgende Vorschläge in die kommunalpolitische Arbeit des Rates und seiner Ausschüsse eingebracht:

- Abriss des Schandflecks Ecke Dabringhauser-Straße / Eich
- Bau der schon beschlossenen Überquerungshilfe Wüstenhof
- Besichtigung eines kunstfaserverstärkten Rasensportplatzes als Vorbild für die Renovierung des Eifgenstadions
- Einsatz für eine angemessene Unterbringung des City-Managers im Rathaus
- Einrichtung eines öffentlich zugänglichen Infoterminals im Zusammenhang mit dem EDV-Projekt „Virtuelles Rathaus“
- Möglichkeit des Abiturs nach 12 Schuljahren am Gymnasium Wermelskirchen
- Kenntlichmachung der 30km/h-Zonen in den Wohngebieten durch Aufmalen von 30-Piktogrammen
- Verbesserung der Parksituation um die Kattwinkel'sche Fabrik
- Parkraumkonzept, das den Belangen der Bürger Rechnung trägt
- Überführung des Freibads Dhünn in private Trägerschaft
- Wohnmobilplatz am Freibad Dhünn
- Bandenwerbung in den Freibädern und im Hallenbad
- Neuverteilung der Fraktionsräume (Reduzierung der Räume v. 8 auf 6)
- Aktualisierung der Richtlinien für die Bezuschussung von Jugendfreizeiten
- Verbesserte Trainingsbedingungen für Leichtathleten im Eifgen

## CDU – die nicht mehr!!!



10.000 DM städtischer Gelder erinnert, die sie dann unter dem Druck der WNK zurückzahlen musste.

Und trotzdem schafft es diese Truppe immer wieder, auf allen Ebenen irgendwelche Mehrheiten zu gewinnen, Partner für Koalitionen zu finden, Regierungen zu bilden. Wie ist das möglich? Einmal weil die zur Mehrheit nötigen Stimmen aufgrund sinkender Wahlbeteiligung immer weniger werden, zum anderen weil Wähler irgendwie vergesslich sind: wer denkt 2004 noch an die Partei-spendenaffäre, wer an den Finanzierungssumpf der CDU Wermelskirchen? Man lässt sich durch die Tagesform beeinflussen.

Es fehlt der Ruck, der durchs Volk geht, der Ruck „Die nicht mehr!“ Dazu müsste sich der Wahlbürger allerdings bewegen, zumindest am Wahlsonntag zur Wahlurne. Wählen gehen ist das Mindeste, was zu tun ist, wenn man sagt: „Die nicht mehr!“ Die machen jedoch immer weiter, wenn es so läuft wie in der Vergangenheit: Schweinerei, Empörung, Vergessen, Wahl... Bis jetzt ist diese Rechnung aufgegangen – zum Leidwesen und Schaden des Gemeinwesens.

Deshalb muss 2004 der Ruck durch alle Bevölkerungsschichten gehen:

**CDU – die nicht mehr!!!**

## WNK-Sponsoring



Die WNK hat den Bus des Kinderheims durch Werbung mitgesponsert.

# Wer sich mit dem Kreuze selber segnet ...

... lautet vor Jahren die oftmals an die eigene Fraktion gerichtete Mahnung eines längst verstorbenen CDU-Ratsmitglieds.

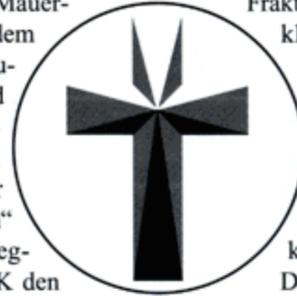
Dieser Satz hätte zur Zeit wieder ungeahnte Aktualität, betrachtet man die Selbstbedienungsmentalität der Fraktionen von CDU, SPD und UWG bei den Fraktionsräumen.

Zunächst zur Historie: als das Rathaus gebaut wurde, gab es im Rat 3 Fraktionen: CDU, SPD und FDP. Jede Fraktion erhielt ein Besprechungszimmer (für ca. 10 Personen) und ein separates Büro/Vorzimmer. Als die GRÜNEN in den Rat kamen, gab die FDP ihr

Vorzimmer an die GRÜNEN ab. Dann zog anstelle der FDP die UWG in den Rat ein und übernahm das Fraktionszimmer der FDP. Die WNK bekam bei ihrer Gründung ebenfalls einen damals freien Raum als Fraktionszimmer seitens der Verwaltung zugewiesen, ohne dass die WNK irgendwelche Wünsche hinsichtlich Lage und Größe geäußert hätte. Schließlich zog dann 1999 auch die FDP wieder in den Rat ein und erhielt ebenfalls ein Fraktionszimmer. Somit nutzen derzeit 6 Fraktionen 8 Räume.

Zeitgleich verschärft sich die Raumsituation im Rathaus: die

EDV-Abteilung wuchs an und braucht weitere Räume, der Citymanager fristet ein Mauerblümchendasein auf dem „Speicher“ des Rathauses usw.. Da niemand so genau durchschaute, wer den nun im Rathaus bei dieser „Reise nach Jerusalem“ wem den Stuhl wegzieht, stellte die WNK den Antrag, die 6 Fraktionen auf die 6 vorhandenen, gleich attraktiv gelegenen bestehenden Fraktionsräume zu verteilen: die 3 großen Fraktionen (CDU und SPD) behalten



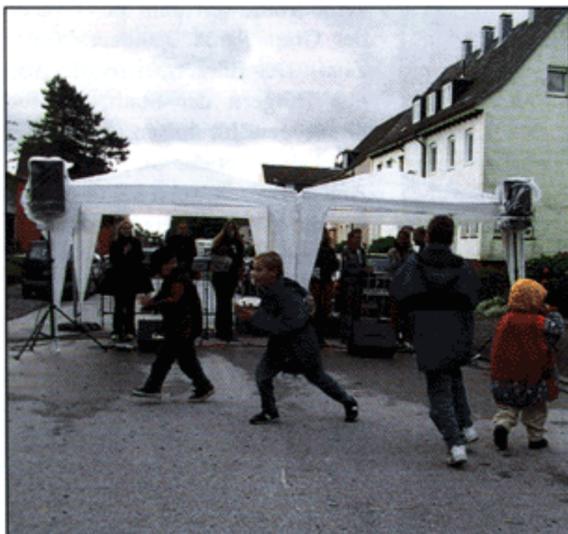
die größeren Räume, die WNK wechselt in das mit ihrem heutigen Fraktionszimmer verglichen kleinere Zimmer der UWG, die 3 kleineren Fraktionen (UWG und FDP) wechseln in die „Vorzimmer“ von CDU und SPD bzw. behalten ihren kleinen Raum (GRÜNE). Diese Rechnung hatte die WNK allerdings ohne CDU, SPD und UWG gemacht, die den Vorschlag rigoros ablehnten. Man brauche die Räume unbedingt! Wofür denn eigentlich? Wollen die

großen Fraktionen dort Sitzungen abhalten? Wohl kaum, wo das jeder Fraktion zugängliche Sitzungszimmer direkt benachbart ist!

Nein, es geht nur um Statusdenken: uns gehören zwei Räume und das bleibt so, basta! Der Unsinn dieses Imponiergehabs wird nicht hinterfragt, außer der WNK hilft dem Bürgermeister niemand bei der Lösung seiner Raumprobleme im Rathaus.

Es bleibt abzuwarten, wie der Bürgermeister nunmehr die Angelgenheit weiter behandelt und ob CDU, SPD und UWG sich doch noch bewegen.

## Ostviertelfest



Auch in diesem Jahr war das Ostviertelfest wieder ein Erfolg. Insbesondere die Auftritte von CCP waren der Renner.



Die WNK sagt allen Mitstreitern vielen Dank und freut sich schon auf das Fest im Jahre 2002.

## Ist

## Kommunalpolitik Saisonarbeit?

Mittlerweile halten Sie die 11. Ausgabe der WNK-Zeitung in Händen. 11 Ausgaben in 5 Jahren! Das ist der Spitzenplatz in der Wermelskirchener Politik.

Die WNK leistet diese Arbeit gerne, hält sie aber auch für ihre selbstverständliche Pflicht. Nette Reaktionen der Bürger beim W eilen bestärken Sie hierin: „Ist schon wieder Wahl? – Sie sind der einzige von der Politik, der vorbeikommt! – Toll, dass Sie sich regelmäßig sehen lassen! – Möchten Sie einen Kaffee?“

Die Aussagen zeigen das Grundproblem: kontinuierliche Arbeit und Information seitens der Politik ist der Bürger nicht gewöhnt. Er fühlt sich nur zu Wahlen ernstgenommen: abgeholt zu werden und die Stimme abzugeben, im wahrsten Sinne des Wortes. Das führt zu Politikverdrossenheit! Der Bürger als zeitlich befristetes Stimmvieh. Die Mehrzahl der Wermelskirchener Politiker tut jedoch fast alles, um diese Entwicklung zu fördern. Für die Etablierten ist es sogar lukrativ: sinkt die Wahlbeteiligung, wird aus 25% Stammwählerschaft schnell

die absolute Mehrheit. Darauf spekuliert vor allem die CDU: auf eine niedrige Wahlbeteiligung und die Mobilisierung ihrer Stammwählerschaft. Dann kann sie mit 25% die Stadt wieder nach Gutdünken beherrschen. Kreativität und Arbeitseinsatz braucht sie nicht zu leisten. Steigbügelhalter wie die UWG finden sich für die fehlenden Sitze zur Mehrheit zudem immer.

**Daher aufgepasst:**

**2004 ist Kommunalwahl!  
Seien sie kein Stimmvieh!  
Überlassen Sie unsere Stadt nicht einer Minderheit!  
Gehen Sie zur Kommunalwahl!**

**Wählen Sie WNK –  
die Wermelskirchen-Partei!**



## Kommunalpolitik für Jedermann

### Heute: Wie finanziert sich eine Gemeinde?

Nach § 76 Abs. 2 der Gemeindeordnung des Landes NRW haben Gemeinden die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Einnahmen

- soweit vertretbar und geboten aus speziellen Entgelten für die von ihnen erbrachten Leistungen,
- im übrigen aus Steuern

zu beschaffen, soweit die sonstigen Einnahmen nicht ausreichen.

Daraus ergibt sich bereits vom Gesetzgeber vorgesehene Reihenfolge zur Deckung der erforderlichen Einnahmen, denn zunächst müssen die sog. sonstigen Einnahmen eingesetzt werden. Es sind dies insbesondere der Anteil der Gemeinden an der Einkommensteuer, den Zuweisungen des

Landes, den Vermögenserträgen sowie den Konzessionsabgaben.

Reichen diese „sonstigen Mittel“ nicht aus, müssen nach dem Willen des Gesetzgebers, soweit vertretbar, Gebühren und Beiträge aber auch privatrechtliche Entgelte nach dem Kommunalabgabengesetz erhoben werden, um erforderliche Deckungsmittel zu beschaffen. Solche sind insbesondere Gewerbesteuer, Grundsteuer, Vergünstigungssteuer, Hundesteuer etc..

Kredite darf die Gemeinde nur aufnehmen, wenn eine andere Finanzierung nicht möglich ist oder unwirtschaftlich oder wirtschaftlich unzumutbar wäre.

Der mit Abstand größte Einnahmeposten der Stadt Wermelskirchen war im Haushaltsjahr 2001 wie in den Vorjahren die Gewerbe-

steuer, die zusammen mit der Grundsteuer rund 36% der Einnahmenseite ausmachte. Rund 20% des Haushalts wurde bestritten aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer.

Demgegenüber machten Gebühren und ähnliche Entgelte, die die Gemeinde für zweckgebundene Aufgaben einnahm, lediglich rund 11% aus. Gewinnanteile, welche der Gemeinde von wirtschaftlichen Unternehmen und aus Beteiligungen zuflossen machten demgegenüber lediglich rund 2,4% der Einnahmen aus.

Vorstehende Zahlen verdeutlichen, wie wichtig die in der Stadt ansässigen Gewerbebetriebe für die finanzielle Leistungsfähigkeit unserer Stadt sind.



**Eine schöne Adventszeit,  
ein frohes Weihnachtsfest  
und einen guten Rutsch  
in 2002**

**wünscht Ihnen die  
WNK**

#### Impressum:

Herausgeber: WNK-Fraktion, c/o Rüdiger Bornhold, Bremen 13, 42929 Wermelskirchen, Tel.: 0 21 93 / 16 33 Q

Verantwortlicher Redakteur: Henning Rehse, Goethestr.33, 42929 Wermelskirchen, Tel.: 0 21 96 / 39 33

Redaktion: Rüdiger Bornhold, Ulrich Holtze, Norbert Kellner, Stefan Kind, Klaus Hake, Bernd Varga, Dirk Wartmann, Jan Paas, Helmut Hauda, Gerd Weitmann, Bettina Bernhard

Satz, Layout und Druck: Bernhard GmbH, Wermelskirchen

Auflage: 15.500